Entweder,—Oder.

Präsident Grant hat ein entschiedenes Wort in der Centennial-Angelegenheit gesprochen. In seiner Botschaft an den Congreß sagt er einfach: Entweder müßt ihr die Weltausstellung in 1876 unterstützen, oder ihr müßt dem Land und der Welt erklären, daß wir nicht im Stand sind eine Weltausstellung zu halten, wie unsere Selbstachtung sie verlangt.

Der Präsident hat damit nur seine Pflicht erfüllt. Seine Proklamation, daß eine Weltausstellung stattfinden werde und seine Einladung zur Theilnahme ist an alle Nationen der Erde abgegangen schon vor Jahresfrist. Darin stand allerdings nicht, daß die Ver. Staaten Regierung die direkte Leitung derselben, ja nicht einmal, daß sie die Garantie für die überschicken ausländischen Waaren übernommen habe, aber das Ausland fand darin nichts Anstößiges. Es betrachtete die Einladung als eine solche, wie sie überhaupt zu allen früheren Weltausstellungen erfolgt war. Die Regierung, welche einladet übernimmt selbstverständlich alle Verantwortlichkeit für die überschickten fremden Güter.

Wie die Regierung diese Verantwortlichkeit sichert, ob durch eigene Beamte, oder durch Verpflichtung von Privatleuten, wollte jedoch darunch sofort offizielle Personen werden; wie sie die dazu nöthigen Mittel beschafft, ob ihr das Schwierigkeiten bereitet oder nicht, und ob dieselben amtlich oder privatim aufgebracht werden; alles Das sind Angelegenheiten des betreffenden Landes, um welche sich das Ausland nicht kümmert. Ebenso wenig kümmert sich ein eingeladener Gast eines Privatmannes darum, wie die einladende Familie ihre Vorbereitungen zu einem Fest trifft; er erwartet anständig behandelt zu werden, das ist Alles, das Uebrige überläßt er der Familie.

Die Differenzen über die Beschaffung der nöthigen Mittel sind eine Landes-Angelegenheit, welche das Ausland nicht berührt. Der Präsident der Republik hat eingeladen und das gesammte Ausland, welches diese Einladung annimmt, erwartet, so behandelt zu werden, wie es Das von einer so großen und reichen Nation mit Recht beanspruchen kann.

In welcher Lage befindet sich also der Präsident als Repräsentant der Nation, wenn die letztere ihn zuerst mit der Einladung beauftragt und dann durch den Congreß, durch Theilnahmlosigkeit oder durch kleinliche Interpretation des Auftrages oder durch Verschleppung aller Vorbereitungen sich und ihrem obersten Beamten eine ungeheure Blamage zu bereiten droht.

Daß der Präsident wünschen muß, diese unwürdige Sachlage ichleunigst beendet zu sehen, ehe durch weitere Verschleppung die Blamage unvermeidlich wird, versteht sich ganz von selbst. Selbstachtung und Amtspflicht gebieten ihm, darauf zu dringen, daß der Congreß sich direkt darüber erklärt, ob er die Abhaltung der Welt-Ausstellung durch eine Geldverwilligung ermöglichen will, oder nicht. In letzterm Fall würde er den Präsidenten beauftragen müssen, den fremden Nationen, welche bereits die Einladung angenommen haben die Eröffnung zu machen, daß die Regierung ihre Invitation zurücknimmt, da der Congreß der Ansicht ist, daß das Land keine Ausstellung abhalten kann.

Bis jetzt sind es das Deutsche Reich, Holland, Belgien, Mexiko, Ecuador und Haiti, welche ihre Theilnahme zugesagt haben. Auch Norwegen und Schweden hat sich dafür entschieden. Will man den Besuch abbestellen, so warte man nicht noch länger, ehe sich noch mehr Gäste anmelden.

Der Bericht der Ver. Staaten Centennial-Commission an den Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Aus dem ziemlich ausführlichen Bericht der National-Centennial Commission an den Präsidenten Grant, welchen Bericht dieser mit seiner Botschaft an den Congreß einschickte, folgt nachstehend das Wichtigste.

Es muß jetzt entschieden werden, ob der Congreß für die Ausstellung als Welt-Ausstellung Etwas thun will, oder ob die Commission in die Verlegenheit kommen soll, bereits gethane Schritte rückgängig zu machen. Die Commission hat dem Gesetz vom 4. Juni 1872 gemäß bereits 2 Berichte an den Präsidenten und Congreß gemacht. Seit dem letzten Bericht vom 3. Mai 1873 wurde Mr. A. T. Goshorn, Commissioner, von Ohio zum General-Direktor erwählt mit voller Exekutiv-Controlle vorbehaltlich der Billigung des Exekutiv-Committees. Mr. Goshorn trat sein Amt am 14. Oktober an, machte an der die Wiener Ausstellung besucht hatte, worüber er nebst den Agenten der Commission Mr. W. P. Blake und Mr. Henry Pettit wichtige Information mitbrachte.

Alle bis dahin gehaltenen Welt-Ausstellungen haben Regierungs-Unterstützungen erhalten, weil sie dem betreffenden Land und dem allgemeinen Fortschritt die größten Dienste leisten. Was mit jeder weiteren Ausstellung immer klarer wurde. Es fragt sich nun, ob Das auch hier für 1876 geschehen soll. Bei der Pariser von 1867 gaben die Regierung Frankreichs und die Stadt Paris 3½ der Unkosten her; 2½ wurden durch Privat-Subscriptionen gedeckt.

Bei der letzten Wiener Weltausstellung unterzeichneten die Gewerke zu Wien 1½ Million Dollar, die Regierung gab ½ Million und 1½ Million als unverzinsliche Anleihe, in Summe 6 Millionen. Was europäische Regierungen im Interesse ihrer Länder und der allgemeinen Entwicklung von Industrie, Handel, Wissenschaft und Kunst gethan haben, kann mit Recht auch von unserer Regierung erwartet werden.

Es ist anzunehmen, daß die Theilnahme des Auslandes schon jetzt größer gewesen sein würde, wenn der Präsident eine direktere und ausführlichere Einladung hätte machen können, dennoch haben ihre Theilnahme bereits offiziell angezeigt: Deutschland, Holland, Belgien, Mexiko und Haiti. Kanzler Bismarck hat dem deutschen Parlament gedruckte Exemplare der Einladung zugeschickt, die Theilnahme und die Einsetzung einer Commission empfohlen für jeden Bundesstaat, und die Absendung eines Bevollmächtigten, welcher während der Ausstellung zu Philadelphia wohnen soll. Ecuador hat einen Commissioner ernannt, der schon jetzt in Philadelphia restirt, Italien wird ebenfalls Antheil nehmen, und ebenso Oesterreich, wie die betreffenden Gesandten melden. Die Ausstellung ist durch den Congreß als eine Nationalfeier des hundertjährigen Bestehens der Republik erklärt und Das dem Ausland durch den Präsidenten mitgetheilt worden. Die zu beschaffende Summe wurde auf 10 Millionen angeschlagen, da Arbeit und Material hier theurer sind als in Europa, und der Beitrag des Congresses sollte dazu im richtigen Verhältniß stehen, und dessen Verwendung von der Regierung kontrollirt werden. Da der kürzliche Geschäfts-, Handels- und Finanzstockung den Privat-Unterzeichnungen und Einzahlungen sehr in den Weg trat, so wird der Congreß dadurch noch gebieterischer veranlaßt, eine Verwilligung zu machen.

Pennsylvanien hat sich durch seine Legislatur zur Zahlung von einer Million, Philadelphia zu ½ Million für den Bau eines permanenten Memorial-Gebäudes verpflichtet (Plan ist beigefügt), das als Kunst-Gallerie für die Ausstellung dienen soll. Das Volk von Pennsylvanien hat außerdem etwa 1½ Millionen unterzeichnet, welche in die allgemeine Kasse gehen. Diese Summen sind dreimal höher, als die Quote, welche vom Staat verlangt wurde und ist eine volle Compensation aller besonderen Vortheile, welche für den Staat durch den Platz der Ausstellung erwächst, und mehr konnte nicht von ihm erwartet werden in Rücksicht auf den nationalen Charakter des Unternehmens.

In den Staaten und Territorien ist der Betrag der Unterzeichnungen bis jetzt so gering, daß es klar wird, wie aus dieser Quelle die betreffenden Kossen nicht bei Zeiten beschafft werden können. Dagegen werden im ganzen Land Vorkehrungen zur Ausstellung von Produkten und Waaren getroffen. Man betrachtet die Sache als eine nationale und ist deßhalb nicht geneigt, Geldbeiträge zu machen, manche Staaten sind auch finanziell nicht dazu im Stande. Für Ausstellung unserer Boden- und Minen-Produkte sind die umfassendsten Vorkehrungen getroffen. Das Ackerbau-Departement und alle Ackerbau- und Gartenbau-Gesellschaften sind bereit mitzuwirken; ebenso die Kunst-Akademien etc. etc.

In Europa zeigt sich das größte Interesse und an Industrie- und Kunstbeiträgen wird es nicht fehlen, und auch der Orient wird gut vertreten sein.

Es wird nun die Classification angegeben, nach welcher die Güter geordnet werden sollen, welche hinlänglich bekannt ist. Das Frauen-Centennial-Executiv-Committee, deren Präsidentin, Mrs. C. D. Gillespie, eine Groß-Anhelin von Benjamin Franklin, thut sehr viel, um Geld zu beschaffen; in Pennsylvanien hat es $50,000 aufgebracht. In Nord-Carolina, Virginien, Kentucky, Tennessee, New Jersey und New Hampshire haben die Legislaturen die Senatoren und Repräsentanten des Staates im Congreß aufgefordert, die Maßregeln für die Ausstellung zu unterstützen. Aehnliche Beschlüsse sind in anderen Staaten in Berathung.

Statistische Calculationen.

Der umfangreiche erste Jahresbericht des Vor'andes vom neuen Bureau für die Statistik von Pennsylvanien macht genaue Angaben von der Bevölkerung jedes Countys, wie sie die verschiedenen Census-Vornahmen ergeben. Daran knüpft außerdem Herr Bigham Berechnungen oder Calculationen über die wahrscheinliche Vermehrung der Bevölkerung jedes Countys, der größeren Städte und des Staates. Im Ganzen genommen sind solche Calculationen wohl müssiger Natur, sie können jedoch dazu dienen, der gegenwärtigen Generation zu zeigen, welcher großartigen Zukunft ihr Land oder ihre Stadt aller Wahrscheinlichkeit nach entgegengeht und welche Pflichten man in Rücksicht auf eine solche Entwicklung schon jetzt im Interesse der nachfolgenden Generationen auszuüben hat. Manche Anlagen und Bauten werden aus solcher Rücksicht vielleicht größere Ausdehnung erhalten, wie sie sonst bekommen würden. So wird eine Stadt wie Philadelphia in Rücksicht auf ein riesiges zukünftiges Wachsthum bei Anlage von Gas- und Wasserwerken, Stadtgebäuden, Parks etc. gewiß sich nicht auf die Bedürfnisse der gegenwärtigen Bevölkerung beschränken, um so weniger, da die spätere die dafür gemachten Anleihen zum größten Theil zu tilgen haben wird.

Nach dem Census von 1870 hatte Philadelphia 674,022 Einwohner und etwa 125,000 Häuser. Seitdem sind in jedem Jahre über 5000 neue Wohnhäuser gebaut worden, in drei Jahren etwa 16,000, was einen Zuwachs von 96,000 Einwohner bedeutet, da man durchschnittlich nur 6 Bewohner auf ein Haus in dieser Stadt rechnet, welche sich durch die Masse von Häusern auszeichnet, die für eine einzige Familie aus dem Mittel- oder Arbeiter-Stand berechnet sind. Die Bevölkerung Philadelphias betrüge demnach jetzt etwa 770,000 und würde 1876 gerade 800,000 betragen, in 150,000 Wohnhäusern. Wenn in 1875 ein Census aufgenommen wird, wie deabsichtigt ist, so wird sich die Richtigkeit dieser Calculation gewiß herausstellen.

Mr. Bingham geht nun noch weiter, er berechnet die Bevölkerung von Philadelphia für 1880, 1890 und 1900 und kommt zu dem Resultat, daß die Stadt alsdann 1,751,427 Einwohner haben werde; in 30 Jahren würde sich danach ihre Bevölkerung um das Dreifache vermehrt haben. Wenn man annimmt, daß Philadelphia von 1875 bis zu 1890 alljährlich 6000 neue Häuser baut—und Raum dazu hat es bei seinem Umfang von 120 Quadratmeilen im Ueberfluß — so würden das 150,000 ergeben; also mit den in 1875 existirenden 150,000 zusammen 300,000 mit 1,700,000 bis 1,800,000 Einwohnern. Daraus rechtfertigt sich die Calculation des Herrn Bigham.

Pennsylvanien wird nach seiner Berechnung in 1900 nicht weniger als 6,268,787 Einwohner haben, wenn dieselben in demselben Verhältniß zunehmen wie bisher, während die Bevölkerung des Staates New York alsdann 6,311,671 betragen werde. Von diesem Jahr an würde dann Pennsylvanien eine größere Bevölkerung aufweisen als der Staat New York. So weit der Calculator Bigham. Ob es so werden wird, muß erst erlebt werden, denn, wie der alte Spruch lautet, „Alles Wissen weiß man nicht." Voraussichtlich wird die Wanderung nach dem fernen Westen und Süden vom Osten aus im Verlauf der nächsten Jahrzehnte größer werden, als jemals zuvor, sobald alle Pacific-Bahnen vollendet und der Bau vieler größeren Städte in ihrer Nähe begonnen hat. Dadurch könnten die Berechnungen des Herrn Bigham vielleicht sehr stark modificirt werden.

Unparlamentarisch.

Am Dienstag den 24. Februar hielt Senator Schurz im Ver. Staaten Senat seine zweite große Rede gegen die Vermehrung des Papiergeldes, oder gegen „Inflation", wie es Englisch heißt. Er hatte dieses Thema schon in seiner ersten Rede so ausführlich behandelt, daß diese zweite im Allgemeinen als eine zusammengefaßte Widerholung der ersten betrachtet werden konnte. Sie wurde wohl hauptsächlich gehalten, um verschiedene inzwischen aufgestellte Behauptungen etc. der Befürworter der Papiergeld-Vermehrung zu widerlegen, wozu namentlich der Senator Morton gehört, der als ihr Hauptverkämpfer zu betrachten ist, und die Anspielungen und Aeußerungen des Senator Schurz als hauptsächlich gegen sich gerichtet betrachten mochte.

Bei der Entgegnung, mit welcher Senator Morton auf Schurz folgte, erlaubte sich derselbe Ausdrücke, welche mindestens als höchst unparlamentarisch zu bezeichnen sind, in der That aber erfüllt vom gehässigsten Geist des Nativismus erscheinen und eine freche Ueberhebung und Anmaßung verrathen, wozu boshafter Neid gegen den talentvollen Gegner wohl die Haupttriebfeder sein mag.

Nachdem er die sorgfältig ausgearbeitete Rede von Mr. Schurz als eine „zusammengestoppelte" zu verhöhnen versucht hatte—„Männer so unwissend wie Pferde könnten eine solche Rede machen", hieß es z. B. — legte er ein Hauptgewicht darauf, daß Mr. Schurz ein Fremder ist, also die hiesigen Verhältnisse nicht kenne. So erdärmlich diese Art und Weise des Angriffs war, so ist sie trotz alledem keine Beleidigung, welche mit einem Ordnungsruf bedacht wird, und doch ist sie total unparlamentarisch für unseren Congreß, wo ebenso wenig wie bei irgend einem anderen politischen Akt irgend welcher Unterschied wegen der Geburt eines Bürgers gemacht werden darf. Erbärmlich aber ist die Wendung, weil Senator Morton ebenso gut wie das ganze Land weiß, daß die ausländische („fremde") Herkunft den Senator Schurz nicht verhindert hat, die hiesigen Verhältnisse gerade so gut kennen zu lernen wie irgend ein Hiergeborener und besser, wie der Senator Morton selbst. Anstatt den Gegner zu widerlegen, zieht sich Morton hinter die elende Wendung zurück, derselbe sei ein Fremder und kenne die hiesigen Verhältnisse nicht.

„Viele der Doktrinen der alten Länder Europa's, sagte er, passen nicht für unser Land, da wir uns so schnell entwickeln. Der Senator (Schurz) schrint das Land, worin er lebt, nicht zu verstehen, sondern ist ein politischer Literat, wie man in Frankreich sagt." Und weiter: „Der Senator (Schurz) kennt das Land nicht, worin er lebt, und welches ihm Ehre angethan hat" etc.

Wenn dem Senator Morton demnächst er widert wird, daß er selbst sein eigenes Land nicht kennt, obgleich er darin geboren und „gebildet" wurde, so wird ihm nur mit der richtigen Münze bezahlt, wie er es verdient. Wahrscheinlich oder wird die Wiedervergeltung noch einen Schritt weiter gehen, und ihm beweisen, Was er dem Gegner nicht beweisen konnte, daß er Nichts weiß.

Macht des König Gambrinus.

Ueber dieses Kapitel schreibt die „Illinois Staatszeitung":

Nach einer auf Nachweise im Bundessteuerämte gestützten Berechnung in der New Yorker „Evening Post" wurden im Jahre 1870 in den Ver. Staaten für geistige Getränke folgende Summen verausgabt:

Für gebrannte Getränke, theils im Inland erzeugt, theils aus dem Ausland eingeführt $1,344,000,000; für gebraute und gegohrene Getränke $123,000,000; für importirte Weine $15,000,000; für im Inland erzeugte Weine $5,000,000. Im Staate New York sollen in demselben Jahre für geistige Getränke ausgegeben worden sein $246 617,520, in Pennsylvanien $152,663,49[illegible], in Ohio $151,734 875, in Illinois $119 933 945. Dann kommt Californien mit $59,924 090, Indiana mit $57,-418,890, Missouri mit $54,627,855. In demselben Jahre gab es in den Ver. Staaten 140,000 concessionirte Wirthshäuten, und man berechnet, daß dieselben zusammen 5,600,000 regelmäßige Kunden hatten. Die in jenem Jahre in den Ver. Staaten getrunkenen geistigen Getränke würden einen 4 Fuß tiefen, 14 Fuß breiten, 80 Meilen langen Canal füllen. Im Ganzen waren in jenem Jahre im Getränkegeschäft 560,000 Personen beschäftigt; 56,663 davon befaßten sich mit der Erzeugung und dem Verkauf von 5,685,633 Faß Bier.

Es ist Angesichts solcher Zahlen, die seit dem Jahre 1870 sich eher vermehrt als vermindert haben, gewiß nicht übertrieben, wenn die „Chicago Tribune" den Temperenzvereinen prophezeit, daß die Spirituosen aus dem jetzigen Verzweiflungskampfe schließlich als Sieger hervorgehen werden. Sehr wahr sagt sie den Temperenzlern:

„Es besteht kein wirklicher Antagonismus zwischen dem Staate und der Bierstube. In Deutschland ist auch kein Streit zwischen Kirche und Bierstube. Wenn in Amerika ein Streit zwischen Kirche und Bier besteht, so geht das den Staat nichts an. Das Bier will nur, daß man es unangefochten läßt. Diesem bescheidenen Verlangen sollte mit Freuden entsprochen werden. Wo nicht, so wird das Bier in Bä de desselben und sich Geltersam erzwingen."

Die „Chicago Tribune" erinnert auch noch daran, daß das Bier in England zu einer solchen Macht gelangt ist, daß es Ministerien umwerfen kann. Die „Tribune" hätte aber noch viel weiter gehen können; sie hätte in diesem Zusammenhange darauf hinweisen sollen, daß das Bier und andere Spirituosen so eben gar mächtig zum Sturze des Ministeriums Gladstone in England beigetragen haben.

Gladstone hatte seit Jahren mit der großen Temperenzorganisation: „United Kingdom Alliance" gelieb äugelt: im Einverständniß mit ihr hatte er ein überriebenes strenges Licenzgesetz im Parlament durchgesetzt.

Darum haben sich bei der soeben beendeten Parlamentswahl die Destillateure, Bierbrauer, Weinhändler und Bierwirthe gegen ihn vereinigt und ihren in solcher Vereinigung höchst bedeutenden Einfluß gegen ihn und seine Partei aufgeboten.

Die protestantische englische Hochkirche aber, welche das Ministerium Gladstone ebenfalls bekämpfte, hatte schon früher dem Bier jede gewünschte Concession gemacht; sie ist in dieser Beziehung tausendmal gescheuter als unsere widerwärtigen englisch-amerikanischen protestantischen Pfaffen.

Die amerikanischen Temperenzler und Mucker beziehen ihre Hauptschrullen aus England und berufen sich fortwährend darauf, daß wir Deutsch-Amerikaner uns hier der englischen Sitte zu fügen hätten. Das englische Volk selbst aber schmeißt den ganzen Temperenzplunder über den Haufen.

Was für kleine Wichte sind unsere amerikanischen „christlichen Staatsmänner" im Vergleiche mit einem Gladstone und Bright! Sollte aber das Bier, wenn es in England Riesen zu stürzen vermag, in den Ver. Staaten nicht Zwerge stürzen können?

„Bloody Knife", der Indianer-Kundschafter.

Wie man in der Forts am oberen Missouri erzählt, soll dieses Frühjahr die Grenze zwischen den Ver. Staaten und Britisch-Amerika inspizirt, resp. definitiv festgestellt werden. Zu diesem Zwecke werden Detachements der in den der Grenze zunächst gelegenen Forts stationirten Truppen der Vermessungs-Commission beigegeben werden. Da der größte Theil des zu inspizirenden Terrains die Grenze zwischen Britisch Amerika und den Territorien Dakota und Montana, dem Yellowstone-Fabellande, bildet, so fürchtet man nicht so ganz mit Unrecht, mit den dort hausenden und durch die Excesse des letzten Jahres auf die Weißen erbitterten Sioux und Uncapapa-Indianer in Collision zu gerathen, zumal, da die letzteren, wie es heißt, ihre Krieger zusammengerufen, um eventuell einer zweiten Yellowstone-Expedition mit Erfolg in den Weg treten zu können. Außer den Truppen wird eine gute Anzahl Indianer-Scouts den Zug begleiten und „Bloody Knife" (Blutiges Messer), welcher im letzten Jahre der Expedition als Spion und Wegweiser diente, wird auch diesmal gewiß wieder Gelegenheit haben, seine Kenntnisse der Wildniß und sein indianisches Kriegstalent an den Tag zu legen. Bloody Knife gehört nicht, wie einige englische Blätter sagen, zum Stamme der Crow Indianer, sondern ist vielmehr ein Vollblut Sioux vom reinsten Wasser. Auch trägt er nicht, wie dies die Crow Indianer thun, die Haare über der Stirne zu einem Büschel zusammengebunden, sondern pflegt, als ein ächter Sioux, die Haare in der Mitte zu scheiteln und den Scheitel mit rother Erde zu tätowiren. Er ist von mittlerer Größe und braunrother Hautfarbe. Seine scharfgebogene Nase, die pechschwarzen, immer funkelnden Augen und überhaupt seine stark markirten Züge, lassen auf eine gewisse Intelligenz und Selbstbewußtsein schließen. Einer der gewandtesten Reiter, bezeichen ihn selbst die anderen Sioux als den besten Schützen seines Stammes. Seine Aussagen über das Land und seine rothen Bewohner erwiesen sich alle als richtig bei der vorjährigen Expedition. Stets an der Spitze der Vorhut, leistete er General Custer die wichtigsten Dienste und wenn, wie englische Blätter wissen wollen, Stanley mit der „Siegesgewißheit eines Feldherrn" seine blauen „Boys" am Yellowstone-River in die Nacht der Wildniß führte, so darf nicht vergessen werden, daß ohne „Bloody Knife" und die rothen „Boys" selbst die Leuchtsignale der Vorhut in dieser Nacht der Wildniß nicht gesehen worden wären.

Amerikanische Revue.

(Aus der Kölner Zeitung.)

Ueber die Stellung der Deutschen in Amerika herrschen noch vielfach irrige Anschauungen. Man hat aus dem wachenden Wohlstande der Deutschen, aus dem hervorragenden Antheil, den einzelne derselben an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten nahmen, auf eine allgemein anerkannte Gleichstellung und eingeräumte Gleichberechtigung derselben geschlossen. So lange der Deutsch-Amerikaner sich dem Amerikanerthume assimilirte, so lange er sich bestrebte, im Denken und Handeln, in Sprache und Gewohnheiten amerikanisch zu werden, nahm man ihn in die Kreise der Eingeborenen auf und behandelte ihn als seines Gleichen. Als aber die Zahl der Deutschen derart wuß, daß sie eine nicht zu ignorirende Höhe erreichte, als die Deutschen begannen zu einander zu halten und als Nationalität Gleichberechtigung zu beanspruchen, als sie ihre Schulen, Kirchen, Vereine, Zeitungen in überraschender Zahl und Stärke entfalteten und die Absicht zu erkennen gaben, ihre deutsche Urnatur, ihr deutsches Wesen wahren, ausbilden und beschützen zu wollen, richtete sich der ganze Hochmuth einer eingebildeten, sich besser dünkenden und gefährdet fühlenden Kaste gegen sie, und es steht den Deutschen jetzt erst der Kampf um völlige Gleichstellung bevor, den man seit Jahrzehnten als überwundenen Standpunkt zu den abgethanen Dingen zu zählen sich gewöhnte. Dieser Kampf ist im verflossenen Jahre in einem Staate schon aufs heftigste entbrannt, in Illinois, und hat zu einem glänzenden Siege geführt. In anderen Staat ist steht er bevor und es rüsten sich die Parteien.

In den beiden großen Parteilagern, dem republikanischen und dem demokratischen macht sich eine Auflösung, Zersetzung und Kraftlosigkeit bemerkbar, welche der Vorläufer der Neubildung politischer Corporationen zu werden verspricht. Man hat mehrfach versucht, eine dritte Partei zu bilden, doch sind diese Bemühungen alle gescheitert, die Zeit war noch nicht gekommen; berufsschäftige Politiker und Drahtzieher verdarben die Bewegung im Keime, und eine nach der anderen sanken wie Frühgeburten in ihr Nichts zurück. Am wichtigsten versprach die Partei der Grangers, die ackerbautreibende, zu werden; sie richtete ihre Bestrebungen gegen den faulsten Punkt des amerikanischen Staatslebens, gegen die Monopolwirthschaft, gegen die Allgewalt der Eisenbahnen und den ruinirenden Einfluß eines verderblichen Schutzzollsystems. In den westlichen und nordwestlichen Agriculturstaaten, in Iowa, Wisconsin, Michigan, Illinois, Missouri und Indiana, erreichte die Vereinigung der Grangers eine Stärke, die den Ausschlag bei den Wahlen zu geben vermochte, ja in einigen der genannten Staaten selbstständig die Wahlen in ihrem eigenen Sinne durchzusetzen im Stande war. So in Californien. Nachdem aber die Berufspolitiker und die Puritaner verstanden haben, sich Eingang in den Verein der Landwirthe zu verschaffen, die Politik, das Temperenzwesen und die Religion in das Programm derselben zu schmuggeln, kann auch diese Bewegung als gescheitert angesehen werden.

Eine Neuwahl — mit oder ohne Militär-Reconstruktion?

(Aus der N. O. Deutschen Zeitung.)

Die McEnery-Partei hier, und ihre Vertreter und Freunde in Washington, sch inen durchaus nicht einig zu sein über den modus operandi, im Falle der Anordnung einer Neuwahl in Louisiana durch den Congreß. Mr. Carpenters Bill verfügt nur die Einsetzung einer Commission von Militärs oder Civilisten, die eine neue Registrirung der Wähler und eine Neuwahl selbst zu leiten haben würden, läßt aber die gegenwärtige Staatsregierung provisorisch im Amte, bis ihre Nachfolger gewählt sind. Diese Carpenter'sche Bill wird in Washington unterstützt durch McEnery selbst, Marr, Jantz, Warmoth und die übrigen Delegaten und Vertreter der Fusions-Partei.

Ein ganz anderes, durchaus neues Verlangen stellen die hiesigen Fusionisten, wie aus den letzten Mittwoch in Exposition Hall angenommenen Beschlüssen der New Orleanser „Last-Ditcher" hervorgeht.

Hier wird gefordert, daß der Congreß entweder die im November 1872 nicht gewählte McEnery Regierung anerkenne, oder aber „die gegenwärtige Usurpation stürze, und durch eine provisorische Militär-Regierung ersetze, und durch diese eine Neuwahl vornehmen lasse."

Der Unterschied zwischen den Forderungen der McEneryiten in Washington und denen der McEneryiten in New Orleans, ist wesentlich. Die ersteren stützen sich einfach auf die einzige Bestimmung der Bundesconstitution, welche verfügt, daß der Congreß jedem Staate der Union eine republikanische Regierungsform gewährleisten müsse, und behaupten, in Louisiana bestehe gegenwärtig keine republikanische Regierungsform. An eine militärische Reconstruktion Louisiana's wie sie unsere hiesigen demokratischen „Intransigenten" in der Exposition Hall fordern, denkt in Washington kein Mensch der dort herumlungernden Chefs der hiesigen Fusionspartei, denn eine solche Reconstruktion wäre ohne eine vollständige Umgestaltung, ohne eine Staatsconvention zur Entwerfung einer neuen Staats-Constitution rc. gar nicht möglich, und die werden die demokratischen unabhängigen Mitgliedern in beiden Häusern des Congresses ihre Zustimmung dazu geben.

Da wir aber hier in Louisiana ohne allen Zweifel eine republikanische Regierungsform besitzen, und da alle Organe und Bestandtheile einer solchen Regierung: Executive, Legislative, und Justiz, in vollkommener Regelmäßigkeit, und ohne Opposition von Seiten der Massen der steuerzahlenden Bevölkerung in Ruhe und Ordnung systematisch fungiren, so ist auch die Carpenter'sche Bill, welche von der Idee des Nicht-Vorhandenseins einer republikanischen Regierungsform in Louisiana ausgeht, ohne irgend welchen legalen oder vernünftigen Boden.

Depeschen aus Washington melden, Carpenter werde seine Neuwahl-Bill im Laufe der nächsten Woche im Senat aufrufen und auf Abstimmung darüber dringen. Angenommen selbst, die Bill sollte im Senate passiren, was mehr als zweifelhaft ist, so muß sie dann noch im Repräsentantenhause durchgehen. In der nächsten Woche schon geht der Monat Februar zu Ende, und am Montag über acht Tage vertagt sich unsere Legislatur eine dio.

Was die sogenannte „Kellogg-Legislatur" bis jetzt zur Reducirung der Steuerlast und der Staatsschuld und an Reformen in der städtischen Verwaltung gethan hat, ist und bleibt nach ihrer Verlagung Gesetz. Welche praktischen Folgen und Wirkungen würde dann wohl ein acht oder vierzehn Tage nach der Vertagung der Legislatur passirtes Congreßgesetz haben, welches eine Neuwahl in Louisiana anordnete? Es würde nichts ungeschehen machen können, was die jetzige Legislatur in ihrer zweijährigen Session geschaffen hat, dagegen würde es dem Staate ganz unermeßlichen Schaden zufügen und enorme Kosten verursachen, ohne uns auch nur den leisesten Vortheil zu bringen. Denn schon im nächsten Herbste muß eine neue Legislatur gewählt werden. Die inzwischen etwa bei einer Neuwahl gewählte Legislatur müßte den Sommer in Extra-Session zubringen, denn ihr Mandat erlöscht bereits mit der Erwählung einer andern Legislatur bei der regulären Wahl im Herbste.

Die Verwicklungen, welche durch das Vorhandensein dieser drei verschiedenen Legislaturen in einem Staate entstehen müßten, sind so mannigfaltig, daß man nur die vorstehenden Auseinandersetzungen zu betrachten und abzuwägen braucht, um das Unsinnige, Absurde und Nichtswürdige der verruchten Agitation für eine Neuwahl auf den ersten Blick zu erfassen.

Für eine Neuwahl in Louisiana agitiren nur die professionellen Aemterjäger der Fusion-Partei und ihr Anhang von Ward-Bummlern, für die eine Wahl vor allen Dingen free whiskey, plenty of money and fun allround bedeutet.

Zur Geschichte des Bonapartismus.

Man schreibt von Paris: Die Gründe welche die Abreise des Ex-Ministers Rouher von hier nach England veranlaßt haben, liegen nicht, wie zuerst vermuthet wurde, in der den Bonapartisten feindlichen Haltung des Prinzen Napoleon, der sich bekanntlich von der exkaiserlichen Familie losgesagt und ein eigenes Programm aufgestellt hat. Der ehemalige Staats-Minister hat sich nach Chiselhurst begeben, um an einer Familienberathung Theil zu nehmen, in welcher Beschluß gefaßt werden sollte, wie man die Großjährigkeit des kaiserlichen Prinzen feierlich begehen und welche Haltung man nach diesem Ereignis einnehmen solle. Man hat sich entschieden, Alles bei Seite zu lassen, was einen politischen Charakter an sich tragen könne. Nach reiflicher Ueberlegung ist man dahin übereingekommen, die Franzosen, welche an diesem Tage nach Chiselhurst kommen werden, in Camdoon Place zu empfangen. Der Aelteste der Deputation soll eine Ansprache an den kaiserlichen Prinzen halten, welche von diesem erwidert werden wird. Nach den officiellen Feierlichkeiten wird der Prinz sich sofort wieder nach Woolwich begeben, um dort noch ein Jahr seinen politischen Studien obzuliegen, welche derselbe mit ganz besonderem Eifer betreibt. Bei einer Concurrenz in der Artilleriewissenschaft hat der Prinz kürzlich unter 50 Mitbewerbern den ersten Preis davongetragen. Als man ihn beglückwünschte, erwiederte er: „Das Fach der Artillerie ist nicht schwer für mich. Es ist die Wissenschaft unserer Familie." — In Frankreich werden übrigens bereits große Vorbereitungen zu der Pilgerfahrt nach Chiselhurst am 16. März gemacht. Die Eisenbahnen werden zu dem Zweck besondere Billets zu ermäßigten Preisen bewilligen.

Ein Prozeß gegen Chambord.

Ein Prätendent. Am 7. Febr. plaidirte der berühmte Jules Favre im Justizpalast zu Gunsten des Grafen Albert de Bourbon, eines Nachkommen von einer der vielen Persönlichkeiten, die sich für Ludwig XVII. ausgaben. Der Vater des Klägers war der bekannte Naundorff, früher Uhrenmacher in Spandau, der nicht ein Wort französ ch konnte, es sei denn zuerst in die Oeffentlichkeit trat, obwohl er zur Zeit seiner angeblichen Flucht aus dem Gefängniß des Tempels in Paris 9 Jahre alt war, also seine Muttersprache kaum bis auf den letzten Rest hätte vergessen können. Man sagte früher immer, Nauendorff's Ansprüche würden heimlich von den Orleans unterstützt, die in ihm ein Gegengewicht gegen den Grafen von Chambord zu haben wünschten. Daß auch die abgeschmacktesten Ansprüche Betheiligter finden, hat der Tichborne Prozeß in England bewiesen. Der Graf von Bourbon beabsichtigt übrigens keineswegs, Mac-Mahon vom Präsidentensitzuhl zu verdrängen. Er wünscht seine Rechte nur für etwaige Civilansprüche sicher gestellt zu sehen. Er denkt, man kann doch nicht wissen, ob nicht von irgend einer verwandten Seitenlinie ein kleines Vermögen abfällt. Der Gerichtshof hat sich die Entscheidung vorbehalten, es soll aber nicht sehr wahrscheinlich sein, daß er die „Johanns ohne Land" um einen vermehren wird.

Die Nachkommen dieses angeblichen Sohnes von Ludwig XVI. und der Antoinette nennen sich „Amelia de Bourdon" und „Adalbert de Bourdon". Ihr Vater der vorwährend eine Pension bezogen haben soll von Louis Philipp, starb 1845 in Deut.

Auf seinem Grabsteine in Delft steht heute noch zu lesen: „Louis XVII., König von Frankreich und Navarra." Als Chambord vorigen Jahr einen vorübergehenden Aufenthalt in Holland, besonders in Breda und Dortrecht, genommen, ließ ihm der Graf Gruau de la Barre, der unermüdliche Vorkämpfer der Rechte dieser angeblichen Bourbonen, einen Brief überreichen, in welchem Chambord kategorisch aufgefordert wurde, auf seine usurpirten Rechte zu verzichten. Der Prozeß scheint übrigens kolossale Dimensionen anzunehmen; eine Menge von Zeugen, welche den Sohn Ludwig's XVI. noch persönlich kannten, sind vorgeladen, die Zahl der Beweisstücke beträgt über 900, worunter hauptsächlich das Ergebniß der Section der Leiche des Herzogs von der Normandie, an der die Narben und Muttermale, welche der Dauphin constatirter Maßen hatte, gefunden sein sollen. Wie ein Hariemer Blatt, welches die Interessen dieser Familie vertritt, behauptet, hätte Adelbert de Bourbon in der letzten Zeit von gewisser Seite sehr bedeutende pecuniäre Anerbietungen erhalten, wenn er auf die Geltendmachung seiner Rechte verzichte, „derselbe habe aber die ehrenvolle, wenn auch minder hohe Stellung eines holländischen Offiziers — derselbe ist nämlich Premier-Lieutenant in einem im Haag garnisirenden Infanterie-Regiment — der Verlockung auf seine Rechte vorgezogen." Thatsache ist übrigens, daß der Vater des Prätendenten schon im Jahre 1834 von Ludwig Philipp ein ähnliches Anerbieten erhielt.

Derselbe erbot sich nämlich, einen geheimen, nur ihm und Ludwig XVI. bekannten Wandschrank in einem der vom König bewohnten Gemächer des Schlosses zu öffnen, in welchem sich, außer bedeutenden Werthgegenständen, besonders kostbare Juwelen, noch sehr wichtige Documente vorfinden sollten. Louis Philipp wollte auf den Vorschlag eingehen und dem Finder den gesammten Geldeswerth überlassen, wenn die Documente in seinen Händen blieben. Da der Herzog von der Normandie darauf nicht einging, zerschlugen sich die Unterhandlungen und derselbe mußte Paris und Frankreich verlassen. Außerdem wird von allen, welche sich in der Lage befinden, darüber urtheilen zu können, die auffallende Aehnlichkeit der genannten Amelie de Bourbon mit Marie Antoinette einstimmig behauptet. Dies war bekanntlich auch mit dem deutschen Uhrmacher Naundorf, einem der vielen falschen Ludwige, der Fall. Natürlich ist man besonders in Fusionspartei, denn eine solche